

Die „Stellung des Staats zur Kirche“ — ein Problem im Denken des jungen Engels

1. In der Literatur über Engels wird seine religiöse Entwicklung, sein Weg zum Atheismus, relativ ausführlich behandelt oder doch angedeutet. Selten oder kaum ist jedoch ein Problem untersucht worden, das für das Verständnis seiner weltanschaulich-politischen Entwicklung sehr wichtig ist: seine Auffassung vom Verhältnis Staat–Kirche. Gemeint ist die Frage: In welchem politischen Kontext vollzog sich Engels' geistige Entwicklung zum Atheisten?

Bekanntlich äußerte sich Engels 1888 rückblickend sehr anerkennend über die Junghegelianer. Er erinnerte daran, daß sie „ein Stück nach dem andern [...] von jener philosophisch-vornehmen Zurückhaltung gegenüber den brennenden Tagesfragen“ aufgaben; „und als gar“ — schrieb er — „1840 die orthodoxe Frömmerei und die feudale-absolutistische Reaktion mit Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestiegen, wurde offene Parteinahme unvermeidlich, [...] es handelte sich direkt um Vernichtung der überlieferten Religion und des bestehenden Staats“.¹ Dieses Urteil — davon will ich ausgehen — gilt nicht den Junghegelianern allein, es bezieht sich auch auf Engels' eigene Verwicklung in eine dieser „brennenden Tagesfragen“.

2. Der Zugang zu Engels' Problemsicht ist — im Unterschied z.B. zu der Bruno Bauers — nicht leicht. Bei Bauer, verwiesen sei nur auf „Die evangelische Landeskirche Preußens und die Wissenschaft“ (1840), wird das Problem direkt thematisiert. Bei Engels' Schriften zwischen 1839 und 1842 ist es anders. Seine intensive Beschäftigung mit dem Problem, das er selbst dann „Stellung des Staats zur Kirche“ nannte, äußerte sich publizistisch zumeist in Anspielungen, die wohl damals verständlich waren, aber dem heutigen Leser weniger zugänglich sind.

„Zwischen den Zeilen“, — um diese Schwierigkeit deutlich zu machen, sei nur auf zwei Beispiele verwiesen:

— In „Briefe aus dem Wuppertal“ erwähnt Engels den Streit Gottfried Daniel Krummachers mit dem Magistrat der Stadt Barmen. Als sich „die Obrigkeit genötigt sah, einzuschreiten“, habe Krummacher (am 27. Februar 1819) „einen entsetzlich groben Brief an den Barmer Magistrat“ geschrieben, „wie Gregor VII. an Heinrich IV. geschrieben haben würde“.² Die Anspielung ist hier doppelt: Sie gilt einmal dem langwierigen Streit um die Frage, ob den staatlichen Konsistorien oder der kirchlichen

Synode das Kirchenregiment zukomme; zum andern der mittelalterlichen Auseinandersetzung zwischen Päpsten und deutschen Königen und Kaisern um den Vorrang von weltlicher oder geistlicher Macht.

— In „Joel Jacoby“ (April 1840) lautet der erste Satz: „Die Görressche Seiltänzertruppe hat an Joel Jacoby eine kostbare Akquisition gemacht...“³ Gemeint waren die von Johannes Joseph von Görres und Phillips herausgegebenen „Historisch-politischen Blätter“, eine Zeitschrift des politischen Katholizismus, dessen programmatisches Anliegen es war, den Kampf gegen die „Staatsomnipotenz“ in Kirchenfragen zu führen.

Zwischen den Zeilen spielte Engels auf wichtige aktuelle Vorgänge an; daran läßt sich zweifellos auch mit Hilfe von Band I/3 seine geistige Entwicklung in dieser Zeit verfolgen. Offensichtlich wird sie — abgesehen vom Briefwechsel — erst in dem Beitrag „Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen“, der 1843 in Georg Herweghs „Ein- und zwanzig Bogen aus der Schweiz“ erschien. In seiner Analyse des Systems und der Theorie der vom König geformten preußischen Politik stellte Engels zwei Ebenen heraus. Neben den „innern Verhältnissen des Staats“ galt ihm die „Stellung des Staats zur Kirche“ als entscheidend. Engels wertete hier rückblickend wesentliche Stufen, die die Diskussion ab 1838 durchlaufen hatte. Deshalb ist der Artikel gleichsam auch ein Leitfaden dafür, in der frühen Gedankenentwicklung von Engels zwei entscheidende Stufen sichtbar zu machen.

3. Als erste Stufe sind die Jahre zwischen 1838 und 1840 zu nennen. In dieser Zeit setzte sich Engels mit der kirchlichen Reaktion, mit „Pietismus“ und „Hierarchie Roms“ auseinander und fand, indem er Machtansprüche der Kirche mit dem mittelalterlichen Verhältnis von Staat und Kirche verglich, zu einer politischen Einordnung der kirchlichen in die allgemeine Reaktion. Aktuelle Streitpunkte wie die Kölner Wirren, der 1837 ausgebrochene Konflikt zwischen preußischem Staat und Vatikan, bilden seinen Ausgangspunkt. Am Elberfelder Pietismus kritisierte er den „papistischen Sinn“.⁴ Von Friedrich Wilhelm Krummacher schrieb er ironisch, er werde „noch einmal Papst werden“.⁵ Leo habe — insofern auch „pietistisch“ — den „Geist der Evangelischen Kirchen-Zeitung“.⁶

„Pietismus“ und „Katholizismus“ — und darin stimmte Engels mit Vertretern des Jungen Deutschland und des Junghegelianismus überein — sind sozusagen politische Schlagworte. Engels bezeichnete damit reaktionäre Versuche, der Kirche ein Übergewicht im Staate zu sichern und insofern mittelalterliche Verhältnisse in den Beziehungen von Staat und Kirche wiederzubeleben. Charakteristisch sind Urteile wie „der Pietismus führe die Welt [...] zum Mittelalter zurück“.⁷ Außerdem kennzeichnete Engels mit Benennungen wie „Pietismus“ und „Katholizismus“ auch das von beiden Seiten immer offener angebotene Bündnis, das auf eine gemeinsame Front gegen die Kräfte des Fortschritts überhaupt zielte.

Mit großem politischen Gespür ordnete Engels die kirchliche Reaktion in die allge-

meinere Reaktion ein. Zu den Mächten, die zum Feudalismus des Mittelalters zurückdrängten, zählte er — so z. B. in „Retrograde Zeichen der Zeit“, im Februar 1840 im „Telegraph für Deutschland“ erschienen — auch die „Hierarchie Roms“ und den „Pietismus des vorigen Jahrhunderts“.⁸ Mit „mittelalterlich“ aber war die Ansicht gemeint, nach der die Kirche eine Gesellschaft, eine Korporation ist, die ihren Mitgliedern gegenüber zu einer Folgeleistung und Rechtsschuldigkeit erzwingenden Gewalt berechtigt ist. Rückblickend stellte Engels 1842 fest, daß sich in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms III. die „Reaktion im Staate“ mit der „kirchlichen Reaktion“ zu vereinigen begonnen hätte. Er charakterisierte diesen Prozeß als Zurückgehen der „protestantischen Rechtgläubigkeit auf den Katholizismus“ und sah ihn als „eine Phase, die in Leo und Krummacher ihre konsequentesten und würdigsten Vertreter findet“.⁹

Man darf jedoch nicht übersehen, daß Engels auf dieser Stufe dem Bündnis der Reaktion das nach der Reformation aufgekommene landesherrliche Kirchenregiment entgegenstellte, das „Episkopat des Fürsten“, die Verwaltung der Kirche über die staatlichen Konsistorien. Noch 1842 hat er zu den durch die Kölner Wirren ausgelösten Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Staat und Kirche mit der Formulierung Stellung genommen, daß der Staat die „Freiheit der katholischen Konfession“ nur insofern ungeschmälert lassen könne, „als sie sich den bestehenden Gesetzen unterwirft“.¹⁰ Er verteidigte die „Unterordnung des Geistlichen unter das Weltliche“¹¹ im *Hegelschen* Sinne: Hegel hatte die Auffassung vertreten, daß die Kirche, sobald sie durch Kultus und Lehre in das Weltliche trete, „sich dadurch *unmittelbar* unter seine (des Staates — A. L.) Gesetze“ stelle.¹²

Die zweite Stufe setzte mit dem Thronwechsel in Preußen ein. Friedrich Wilhelm IV. hatte sich in seinen Thronreden öffentlich zum Gottesgnadentum seiner Krone und zum christlichen Staat bekannt. Von reaktionärer Seite wurde das nun vertretene „christliche Prinzip und dessen Kundgebung“ bald „als die belebende und bestimmende Seele des Staats- und Volkslebens“¹³ gefeiert. Die Ideenentwicklung bei Engels wird am Wandel in seinem Urteil über das landesherrliche Kirchenregiment sichtbar. Obwohl Fortschritt gegenüber dem „Dualismus“ des Mittelalters, hielt er es doch für historisch überholt. Die Praxis des christlichen Staats vor Augen gelangte er zur Ansicht, daß Staat und Kirche Gegensätze bilden. Versöhnt werden können sie nicht. Kirche und Religion wurden nun nicht mehr als Momente der Staatsidee gefaßt. Dem Staat gegenüber wurden sie — dies ist die Tendenz bei Engels — als Privatsache behandelt.

Die Beschäftigung mit dem jetzt unter verändertem Vorzeichen stehenden Verhältnis von Staat und Kirche zeigt sich auch an Engels Lektüre. Im September 1840 hat er Friedrich Raumers „Geschichte der Hohenstaufen“¹⁴ gelesen, deren erster Band gerade in zweiter Auflage erschienen war. Auch 1842 spielte er auf die Hohenstaufen und damit auf die langwierige Auseinandersetzung zwischen kaiserlicher und päpst-

licher Gewalt im 12. und 13. Jahrhundert an. Von anderer Seite betrachtete er das Problem in den Schelling-Aufsätzen. Sie wie auch „Polemik gegen Leo“ bezeugen, daß er die seit der Auseinandersetzung mit Leos „Sendschreiben...“ ausgelösten Debatten unter aktuellen Gesichtspunkten weiterverfolgte. Bezeichnend ist „Schelling, der Philosoph in Christo“, wo Engels, auf Sehnsüchte nach „apostolischer Kirchenzucht“, nach der katholischen „Ausstoßung der falschen Propheten“ hinweisend, die Absicht der protestantischen Orthodoxie bloßstellt, sich „mit den Katholiken [zu] vereinigen gegen die gemeinsamen Feinde“.¹⁵

In „Friedrich Wilhelm IV...“ führte Engels — und das bezeugt sein andauerndes Interesse — Belege für das Bündnis von Thron und Altar, für das „Durchdringen des Staats mit christlichen Ideen“¹⁶ an: „Weltkundige Tatsachen“ waren für ihn u. a. die Gerüchte über die strengere Sonntagsfeier und ein neues Religionsedikt, der Ehescheidungsgesetzgebungsentwurf, die Behandlung der kirchlichen Sekten. Aber Engels ging es nicht nur um diese „weltkundigen Tatsachen“, sondern auch um das *theoretische* Erfassen des Verhältnisses von Staat und Kirche. Den aktuellen Gegenstand lieferte ihm das, was er die „berühmte glorreiche Lösung der Kölner Wirren“¹⁷ nannte. Deren seit Juli/August 1840 vorbereitetes Resultat war die am 23. und 24. September 1841 mit dem Vatikan getroffene Konvention. Sie erkannte in den wesentlichen Punkten alle Forderungen der Kirche, auch die für gemischte Ehen, an und höhnte durch den Verzicht auf Staatseinmischung die Staatssouveränität aus. Im ultramontanen Lager konnte sie als „Triumph der katholischen Sache“¹⁸ gefeiert werden.

Engels vermißte bei dieser Lösung des Konflikts zwischen preußischem Staat und päpstlichem Stuhl die „Prinzipien“-Lösung: Eine „definitive Lösung“ sei „nur durch eine Unterwerfung des einen oder des andern“ — des Staats oder der Kirche — möglich gewesen. Für „den sich beugenden Teil“ wäre diese „einer Selbstvernichtung gleichgekommen“.¹⁹ Er betrachtete die Politik des Königs jedoch als logisch. Es sei geradezu notwendig, „daß der Staat, der den Anspruch der Christlichkeit macht, der Kirche ihre Selbständigkeit ihm gegenüber wieder einräume“. Dies aber sei „Rückkehr zum Katholizismus“.²⁰

Das landesherrliche Kirchenregiment erschien Engels damit im Zwielficht. Gegenüber den Ansprüchen der Reaktion erkannte er es als Fortschritt an, insofern stellte er den „protestantischen Staat“ über den „christlichen“²¹. Aber er hob die „Widersprüche“ hervor, „in denen der protestantische Staat sich bewegt“.²² Mit seiner „Rechtfertigung des päpstlichen Primats“ einerseits und der Unterordnung der kirchlichen unter die staatliche Gewalt andererseits, demonstrierte es die dem ganzen Protestantismus eigene „Konzession an die Weltlichkeit“.²³

Dies weist deutlich darauf hin, daß Engels im Herbst 1842 dem landesherrlichen Kirchenregiment bzw. der Souveränität des Staates in Kirchenfragen nur relativen Wert beimaß. Die Hegelsche „Verschmelzung von Staat und Kirche“²⁴ ist für ihn ein

überholtes Prinzip, ebenso die Auffassung der Kirche als Moment der Staatsidee. Auf dieser zweiten Stufe gelangte Engels zu der Forderung, Religion und Kirche dem Staate gegenüber als Privatsache zu behandeln.

4. Auf beiden Stufen seiner Auffassung von der „Stellung des Staates zur Kirche“ bewegte sich Engels im Umfeld der junghegelianischen Diskussionen. Die Junghegelianer hatten sich — was ich nur thesenhaft anführe — ab 1839 scharf gegen das Streben der protestantischen Orthodoxie nach mehr Einfluß im Staat gewandt. Diesen Versuchen stellten sie die Reformation gegenüber und als deren wesentliches Resultat die Überwindung des „Dualismus“. Im „modernen Zustand“, und dies galt auch der Kirche, hätten sich „die Corporationselemente des Mittelalters“ zu „untergeordneten Momenten“ des Staates umarbeiten müssen.²⁵ Am radikalsten war wohl Bruno Bauer, der in seiner Ende August 1840 erschienenen Schrift „Die evangelische Landeskirche Preußens und die Wissenschaft“ die These von der „Souveränität (des Staates — A. L.) in kirchlichen Dingen“²⁶ begründete. Und zwar sollte der Staat die Kirche als lebendiges Moment seines eigenen Inhalts wissen, die äußerliche Kirche aber allmählich stürzen.

In Bauers Konzeption spiegelte sich auch am genauesten die politische Zuspitzung der Diskussion nach dem Thronwechsel wider. Für ihn handelte es sich ab 1841 nicht mehr um die Staatssouveränität in Kirchensachen, sondern um die nun zentral werdende Frage nach dem „wahren Begriff des Staates“ und dessen Gegensatz zum „christlichen Staat“. Sein Problem war, ob der wahre Staat überhaupt Kirche und Religion noch als eines seiner Momente in die Staatssphäre einschließe, ob Religion und Kirche darin reale Existenz zukomme. „Was ist also mit ihr (der Kirche — A. L.) anzufangen?“ Diese Frage beantwortete er mit dem klaren Satz, daß, „wenn das sittliche Selbstbewußtseyn und das Denken den Rechts-Staat umgebildet haben“, die Kirche nicht mehr existiere. Ihr „Positives“ sei in Staat und Wissenschaft aufgenommen.²⁷

Wenn Bauer zu den Exponenten dieser Auffassung gehört, so ist die Frage berechtigt, ob sein Einfluß auf Engels' Auffassung vom Verhältnis Staat–Kirche nicht größer war, als bisher angenommen.

Ohne Zweifel hat Ludwig Feuerbachs „Wesen des Christentums“ Engels in manchen seiner Ideen bestärkt. Feuerbach hat die Differenz zwischen der Religion und der Philosophie untersucht, hat auch den Widersprüchen zwischen Glauben und Leben Aufmerksamkeit gewidmet. Jedoch ging er nicht ausführlicher auf das Verhältnis von Staat und Kirche ein. Die direkt politischen Fragen der Religion, die die Kirche und deren Stellung zum und im Staat betrafen, blieben bei ihm ausgespart.

Gerade diesen Fragen aber ging Bruno Bauer gründlich nach. Parallelen zu den Ideen Bauers zeigen sich bei Engels in dem Bestreben, die Widersprüche des landesherrlichen Kirchenregiments herauszuarbeiten, vor allem aber in dem von ihm zur Kennzeichnung der Politik Friedrich Wilhelm IV. gebrauchten Begriff „Vermittlungs-

system“. Engels nutzte Bauers Zergliederung der Vermittlungstheologie als *methodologisches Hilfsmittel*. Dieser Theologie war — wie Bauer schon in den ersten beiden Bänden der „Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker“, deren ersten Engels konspektierte, nachgewiesen hatte — eigen, zwischen Philosophie und Religion zu vermitteln.²⁸ Für das Verhältnis von Staat und Kirche lehnte Bauer ebenso wie für das Verhältnis von Philosophie und Religion jede Theorie ab, die bezweckte, derartige „Fragen in konstitutioneller Weise zu lösen und beide Gewalten zu vermitteln und in Einheit zu sehen“.²⁹

Engels berief sich 1842 ausdrücklich auf Bauer, wo er das „System“ des Königs analysierte. Der Theologie, „die an B. Bauer ihren Zergliederer gefunden hat“³⁰ — das war sein *Leitgedanke* — entsprach auf dem Gebiete des Staates das damalige Regierungssystem in Preußen. Wiederholt unterstrich er das „theologische Wesen dieses Systems“ und nannte Maßregeln wie die Lösung der Kölner Wirren „echt theologisch“.³¹ Er zeigte in seinem Artikel, daß die vom König betriebene Politik sowohl für das Verhältnis von Staat und Kirche wie für die inneren Staatsverhältnisse in einem Verdecken und Vermitteln von unversöhnlichen Gegensätzen besteht.

Nicht allein auf die Junghegelianer, sondern auch auf die eigenen Entwicklungsjahre ist Engels' Rückblick von 1888 bezogen. Er selbst hatte am junghegelianischen Kampf gegen „orthodoxe Frömmerei [...] und feudal-absolutistische Reaktion“ teil und vertrat in ihm bald die radikale Seite.

Anmerkungen:

- 1 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: MEW, Bd. 21, S. 271.
- 2 Friedrich Engels: Briefe aus dem Wuppertal. In: MEW, Bd. 1, S. 420.
- 3 Friedrich Engels: Joel Jacoby. In: MEW, EB, Teil 2, S. 59.
- 4 Friedrich Engels: Briefe aus dem Wuppertal. In: MEW, Bd. 1, S. 419.
- 5 Engels an Wilhelm Graeber, vor dem 29.–30. April 1839. In: MEGA² III/1, S. 135.
- 6 Engels an Wilhelm Graeber, 24. Mai–15. Juni 1839. In: MEGA² III/1, S. 140.
- 7 Engels an Wilhelm Graeber, vor dem 29.–30. April 1839. In: MEGA² III/1, S. 135.
- 8 Friedrich Engels: Retrograde Zeichen der Zeit. In: MEW, EB, Teil 2, S. 28.
- 9 Friedrich Engels: Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen. In: MEW, Bd. 1, S. 446.
- 10 Ebenda, S. 449.
- 11 Ebenda, S. 448 f.
- 12 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts... Hrsg. H. Klenner, Berlin 1981, S. 300.
- 13 Das Jahr 1840 als Epoche in der Entwicklungsgeschichte Preußens, Berlin 1841, S. 50.

- 14 Engels an M. Engels, 18./19. September 1840. In: MEGA² III/1, S. 197.
- 15 Friedrich Engels: Schelling, der Philosoph in Christo. In: MEW, EB, Teil 2, S. 241 bis 243.
- 16 Friedrich Engels: Friedrich Wilhelm IV. ... A. a. O., S. 447 f.
- 17 Ebenda, S. 450.
- 18 Johannes Joseph von Görres: Kirche und Staat nach Ablauf der Cölner Irrung, Weissenburg a. S. 1842, S. 12 f.
- 19 Friedrich Engels: Friedrich Wilhelm IV. ... A. a. O., S. 449 f.
- 20 Ebenda, S. 448.
- 21 Ebenda.
- 22 Ebenda, S. 449.
- 23 Ebenda, S. 448.
- 24 Ebenda.
- 25 Die Hypothese eines protestantischen Pfaffenreichs. In: Hallische Jahrbücher, Nr. 185, 3. August 1839, S. 1475.
- 26 Bruno Bauer: Die evangelische Landeskirche Preußens und die Wissenschaft, Leipzig 1840, 2. Aufl., S. 16.
- 27 Bruno Bauer: Der christliche Staat und unsere Zeit. In: Hallische Jahrbücher, Nr. 135, 7. Juni 1841, S. 539. — Nr. 138, 10. Juni 1841, S. 549.
- 28 Siehe Bruno Bauer: Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker. Bd. 2, Leipzig 1841, S. 304 f.
- 29 Bruno Bauer: Die Zersplitterung der Parteien in Frankreich. In: Rheinische Zeitung, Nr. 41, 10. Februar 1842, Beibl.
- 30 Friedrich Engels: Friedrich Wilhelm IV. ... A. a. O., S. 447.
- 31 Ebenda, S. 447, 449.

Elke Röllig

Engels' erste Artikel aus England — Erkenntnisfortschritte und Erkenntnisstränken

Der vorliegende Artikel soll dazu beitragen, Engels' weltanschauliche Position zum Zeitpunkt der Niederschrift seiner ersten Artikel aus England weiter zu präzisieren.

Einleitend möchte ich auf einige neue Forschungsergebnisse hinweisen, die sich bei der Bearbeitung der ersten Artikel aus England, die Engels für die „Rheinische Zeitung“ schrieb, ergaben.¹

- Eine Analyse aller Englandkorrespondenzen der „Rheinischen Zeitung“ ergab, daß das Forschungsergebnis von Gustav Mayer bestätigen konnte. Nur die fünf bereits in „Friedrich Engels. Schriften der Frühzeit“² abgedruckten Artikel sind als Korrespondenzen von Engels identifiziert.
- Ein Vergleich von fünf zugänglichen Exemplaren der „Rheinischen Zeitung“, die sich in Berlin, Bonn, Jena, Köln und Moskau befinden, ergab, daß die „Rheinische Zeitung“ noch während des Druckes Korrekturen an Engels' Artikeln vornahm. Die Redaktion korrigierte wahrscheinlich das Datum und möglicherweise auch den Ort der Korrespondenz.
- Engels schrieb offensichtlich nicht, wie bisher angenommen, fünf Artikel für die „Rheinische Zeitung“, sondern nur zwei größere Korrespondenzberichte, die von der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ auf fünf Korrespondenzen aufgeteilt wurden. Die Artikel „Englische Ansichten über die inneren Krisen“ und „Die inneren Krisen“, die in Nr. 342 vom 8. Dezember, Nr. 343 und 344 vom 9. und 10. Dezember 1842 und offensichtlich mit 29. und 30. November 1842 datiert wurden, sind wahrscheinlich von Engels als *ein* Korrespondenzbericht nach Köln gesandt worden. Die Artikel „Stellung der politischen Parteien“, „Lage der arbeitenden Klasse in England“ und „Die Korngesetze“, die in Nr. 358 vom 24. Dezember, in Nr. 359 vom 25. Dezember und Nr. 360/361 vom 27. Dezember 1842 und offensichtlich mit 19., 20. und 22. Dezember 1842 datiert wurden, sind mit großer Sicherheit der *zweite* größere Korrespondenzbericht, den Engels nach Köln sandte. Die Redaktion vertauschte bei diesem zweiten größeren Korrespondenzbericht möglicherweise auch die Reihenfolge. Engels könnte seinen zweiten Bericht durchaus mit dem Teil, der von der Redaktion den Titel „Lage der arbeitenden Klasse in England“ erhielt, begonnen haben.